

Hendrik Wüst und der Turm der Gerechtigkeit



Schwarz-Grün plant einen Haushalt,
der das soziale NRW zum Einsturz bringt.

SPD NRW
Die Fraktion



Nordrhein-Westfalen

war immer das Land des sozialen Zusammenhalts. Aber der soziale Frieden ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Nach zwei Jahren Stillstand – die Regierung nennt das gerne „geräuschlos“ – legt CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst mit seiner schwarz-grünen Koalition die Axt bei den Zuschüssen vor allem in der Sozialpolitik an.

Trotz eines Rekordhaushalts in Höhe von 105,5 Milliarden Euro sollen im kommenden Jahr 2025 vor allem Bedürftige und Familien die Leidtragenden sein. CDU und Grüne wollen keinen Stein auf dem anderen lassen. Ihnen ist es egal, dass so das soziale NRW zusammenfällt.

Auch an anderen Stellen enttäuscht der schwarz-grüne Haushaltsentwurf. So fehlt eine Lösung für die Altschulden der Kommunen. Städte und Gemeinden fordern zurecht Unterstützung vom Land, da die steigende Schuldenlast ihre Handlungsfähigkeit erheblich einschränkt. Die öffentliche Infrastruktur bleibt völlig unterfinanziert. Insbesondere bei der Bildung, bei Kitas und Schulen, fehlen notwendige Investitionen. Die Mittel für den kommunalen Straßenbau sollen sogar um fast 62 Millionen Euro gekürzt werden.

Nur nebenbei: Das eigene Haus des Ministerpräsidenten, die Staatskanzlei in der Landeshauptstadt Düsseldorf, soll natürlich schöner werden – genauso wie in einem Märchen. Seit seinem Amtsantritt wurden bereits über 55 Millionen Euro in das Schloss Bellewüst gesteckt.

Für alle anderen gilt: **Es wurde Wüst, jetzt wird gebüßt!**
Denn CDU und Grüne packen nicht nur die drängenden aktuellen Probleme nicht an, sie drohen das über Jahrzehnte gewachsene soziale NRW zum Einsturz zu bringen...



Familie & Ausbildung



Familie & Betreuung:

-24,5
Mio. Euro

Berufseinstieghilfen:

-16
Mio. Euro

Pflege, Gesundheit & Inklusion



Pflege:

-17
Mio. Euro

Inklusion:

-5,3
Mio. Euro

Psychiatrische Versorgung
& Selbsthilfe:

-3,6
Mio. Euro

Frauenberatung & Verbraucherschutz

Frauenhäuser
& Frauenberatung:

-2
Mio. Euro

Verbraucherzentralen:

-6,3
Mio. Euro

Armutsbekämpfung, Wohlfahrtsverbände & Integration

Armutsbekämpfung:

-5,8
Mio. Euro

Wohlfahrtsverbände:

-2,1
Mio. Euro

Integration:

-24,3
Mio. Euro

Hendrik Wüst

macht

harte Politik

gegen Dich.



#WüstGegenDich



Wir machen **soziale Politik** für Dich und Familien.

Die von der schwarz-grünen Koalition geplanten Kürzungen summieren sich allein im Bereich Soziales und bei den Familien auf über 100 Millionen Euro. Die Landesregierung verkennt völlig den Ernst der Lage. Viele Kürzungen haben nicht nur Einschränkungen von Beratungen oder Hilfeleistungen zur Folge, sondern gefährden das Fundament der Einrichtungen und Institutionen. Das soziale NRW „wackelt“ nicht nur, sondern droht einzustürzen. Die über Jahrzehnte entstandene soziale Infrastruktur ist nachhaltig gefährdet.

Wir werden uns diesen Kürzungen mit aller Kraft entgegenstellen. Bis zur Verabschiedung des Haushalts am 18. Dezember werden wir jede Gelegenheit nutzen – bei den Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen und in den beiden Plenarwochen im Dezember – und unsere Änderungsanträge zum schwarz-grünen Entwurf zur Abstimmung stellen. Über 100 Millionen Euro Kürzungen dürfen im Bereich Soziales und bei den Familien keine Wirklichkeit werden.

Im Internet finden Sie tagesaktuell alle Informationen und Änderungsanträge. Dort sind auch unsere Initiativen gegen die Kürzungen in der Sicherheits- und Rechtspolitik, beim Klimaschutz und der Wirtschaft sowie bei den Kommunen und der Infrastruktur.



#NRWbleibsozial

#FürFamilien

HERAUSGEBER

SPD-Fraktion im Landtag NRW
V.i.S.d.P. Ina Blumenthal MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

BEZUGSADRESSE

SPD-Fraktion im Landtag NRW
Pressestelle
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

oder unter

 SPD-Fraktion@landtag.nrw.de

 www.spd-fraktion.nrw

 twitter.com/spd_fraktion_nw

 facebook.com/spdfraktionnrw

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion im Landtag NRW dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Stand: November 2024